Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegramm-Adresse: Volksfreund Schneeberg.

Fernsprecher: Schneeberg 15. Aue 25. Schwarzenberg 19.

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw Wildenfels.

Nr. 107 | Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnement: Vierteljährlich 1 Mark 60 Pfg. Inserate im Amtsblattkreise der Raum von 6 kl. Spalten 20 Pfg., bzw. für auswärts 15 Pfg., im amtlichen Theil der Raum der 3 kl. Spalten 30 Pfg., im Reclametheil die 3 kl. Spaltzeile 50 Pfg. | Donnerstag, den 9. Mai 1901. | Post-Zeitungsliste Nr. 2212. | Inseraten-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis Vormittag 11 Uhr. Eine Gewähr für die abhängige Aufnahme der Inserate wird nicht gegeben. Unfrankirte Zusendungen nur gegen Vorausbezahlung. Für Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verantwortlich. | 54. Jahrgang.

Auf Blatt 90 des hiesigen Handelsregisters für die Städte Neustädtel, Aue und die Dorfschaften, die Firma Holzstoff- und Papier-Fabrik zu Schlema bei Schneeberg betreffend, ist heute eingetragen worden, daß die in der Generalversammlung vom 7. April 1900 beschlossene Erhöhung des Grundkapitals auf 1 000 000 erfolgt ist. Es sind 196 auf den Inhaber lautende Aktien zu je 1000 Mk. ausgegeben worden.

Schneeberg, den 7. Mai 1901.

Königliches Amtsgericht.

Versteigerung.

Sonnabend, den 11 Mai 1901, Nachmittags 1 Uhr sollen in Aue 83 Stück Cementstufen, 19 Stück Essenköpfe, 61 Stück Fensterbohlen, 1 Partie Mauerziegeln, 15 Stück Fensterstürze, 1 Partie Kies, 1 Holzdach, 34 Säcke Gips, 1 Marmorplatte, 56 Gipsplatten, 1 Partie Bretter, 1 Handwagen u. A. m.

gegen Baarzahlung öffentlich versteigert werden. Bieter sammeln sich in Bretschneiders Restauration in Aue Neustadt.

Schneeberg, den 8. Mai 1901.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Schneeberg. Von der Preisschrift: „Die Tuberkulose als Volkskrankheit und deren Bekämpfung" geben wir Interessenten Exemplare unentgeltlich ab.

Schneeberg, am 7. Mai 1901.

Der Stadtrath.
Dr von Woydt.

Schwarzenberg. An die Abentrichtung der am 1. vorigen Monats fällig gewesenen **Wasserzinsen** und **Schankgewerbesteuern** wird hiermit nochmals erinnert.

Gegen die Säumigen wird nunmehr das Zwangsbeitreibungsverfahren eingeleitet werden, wenn nicht

bis zum 15. Mai 1901

Zahlung erfolgt.

Schwarzenberg, am 4. Mai 1901.

Der Rath der Stadt.
Gareis, Bgrmstr. D.

Grünhain. Der am 30. April d. J. fällig gewesene 1 Termin **Einkommensteuer** ist **bis zum 15. dieses Monats** zu bezahlen. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt zwangsweise Einhebung.

Grünhain, am 4. Mai 1901.

Der Stadtrath.
Nestler.

Feuerwehr Schneeberg.

Chargirtenversammlung Donnerstag, den 9. Mai, abend punkt 8 Uhr in Meyer's Restauration, Kirchplatz.

Wegen wichtiger Vorlage allseitiges Erscheinen nothwendig.

Die Branddirektion.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Auf der Tagesordnung des **Reichstags** stand gestern als erster Gegenstand die Interpellation Herold (Centr.), ob dem Reichskanzler bekannt sei, daß die Vormusterungen der Pferde für militärische Zwecke auch in diesem Jahre wieder in weitem Umfange während der Saatzeit stattgefunden haben, und ob er bereit sei, dahin zu wirken, daß diesem Uebelstande für die Zukunft abgeholfen werde. Der Kriegsminister v. Goßler versicherte, daß er Sorge dafür tragen wolle, daß nach Möglichkeit Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse genommen werde. Ja, er will sogar, wenn ihm bestimmte Fälle genannt werden, den Vermittler spielen. In langer Rede begründete sodann der Hanauer „Genosse" Hoch die zweite Interpellation. Er stellte die Behauptung auf, daß in Griesheim sowohl Gewerbeaufsicht wie Betriebsleitung die für chemische Fabriken erlassene Vorschriften nicht beachtet hätten. Dem trat Graf Posadowsky entgegen, der an Stelle des neuen Handelsministers, der erst heute in sein neues Amt eingeführt wird, die Beantwortung übernommen hatte. Heute ist es noch nicht möglich, so betonte er, eine endgiltige Antwort zu geben, da das nöthige Material zur Beurtheilung noch nicht vorhanden sein kann, die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Von einer Verantwortlichkeit des Reichskanzlers kann keine Rede sein, denn die Fabrik ist concessionirt. In der folgenden Besprechung für die übrigens fast das gesammte Haus stimmte, ergriff zunächst der Centrumsabgeordnete Müller-Fulda das Wort. Nach ihm sprachen noch die Abgeordneten Wurm, v. Kardorff und Singer. Die Discussion drehte sich hauptsächlich um die technische Frage, in welchem Zustande die Pikrinsäure explosibel sei. Herr v. Kardorff allein brachte etwas Leben in die Besprechung, indem er zur Heiterkeit des Hauses über die Gefährlichkeit der Berliner elektrischen Bahnen sprach. Etwas lebhafter wurde man bei der Interpellation, die sich mit der Befreiung der in Südafrika in englischer Gefangenschaft befindlichen deutschen Missionare befaßte. Der Welfe Herr v. Hodenberg, eine sehr sympathische Erscheinung, begründete sie als Fragesteller. Herr v. Richthofen, der Staatssekretär des Auswärtigen, berief sich in seiner Beantwortung mit einem gewissen Stolz auf das Lob der Budgetcommission, das Auswärtige Amt habe zum Schutze der aus Südafrika Ausgewiesenen seine Schuldigkeit „voll und ganz" gethan, und er dehnte dieses Lob ohne Weiteres auch auf den Schutz der Missionare aus. Er meinte, die Missionare hätten offenbar ihrem Mitgefühl mit den Buren zu offen Ausdruck verliehen. Er versicherte wiederholt, daß auch hier das Auswärtige Amt stets eingeschritten sei und die Gewährung einer entsprechenden Entschädigung gefordert habe und noch fordere. Herr Dr Bachem betonte besonders scharf, daß England bisher uns den Beweis für eine Parteinahme der Missionare schuldig geblieben sei. In dieselbe Kerbe hieb Dr Oertel, der es als das Verdienst dieser Besprechung hervorhob, das unerhörte, unverständliche Vorgehen Englands einmal gehörig kritisirt zu haben. Dem Gefühl der Entrüstung gab auch Herr Professor Hasse in warmen Worten Ausdruck. Das Haus vertagte sich nach 5½ Uhr und wird heute die dritte Lesung des Weingesetzes vornehmen, die Diätenfrage zum zweiten Mal berathen und, wenn die Zeit reicht, den Rest der gestrigen Tagesordnung, die Gewerbegerichtsvorlage, vornehmen.

Berlin, 7. Mai. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht ein Handschreiben des Kaisers an den ehemaligen Finanzminister v. Miquel, datirt Schloß, den 5. Mai, welches lautet: „Ihrem wiederholten Gesuche um Entlassung aus den Aemtern als Vizepräsident des Staatsministeriums und als Finanzminister habe Ich durch Erlaß vom heutigen Tage Folge gegeben. Mit Bedauern sehe Ich Sie aus Ihren bisherigen Stellungen scheiden, in denen Sie sich so große Verdienste um Mich, Mein Haus und das Vaterland erworben haben. Wenn es bisher gelungen ist, den großen und neuen Aufgaben auf allen Gebieten der Staatsverwaltung gerecht zu werden, so ist dies nicht zum geringsten Theile Ihnen zu danken, der Sie mit sachkundiger und glücklicher Hand eine neue finanzielle Grundlage für den preußischen Staat geschaffen haben, auf deren Festigkeit auch in Zukunft gerechnet und gebaut werden kann. Es ist mir ein herzliches Bedürfniß, Ihnen für die treue, segensreiche Arbeit und die aufopfernde Hingebung, mit der Sie Ihres verantwortungsvollen Amtes gewaltet, Meinen wärmsten Dank auszusprechen. Um aber Ihre großen Erfahrungen und Ihre hervorragende Kraft dem Staate auch ferner zu erhalten, habe Ich Sie zum Zeichen Meines besonderen Vertrauens auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen. In steter Dankbarkeit verbleibe Ich Ihr alle Zeit wohlgeneigter König Wilhelm R."

Berlin, 7. Mai. Die „N. A. Ztg." schreibt: Die von dem Berliner Korrespondenten der „Münchener Allgemeinen Zeitung" gebrachte Angabe über den Wechsel in der Stellung des Chefs des Geheimen Civilkabinets des Kaisers ist bereits von anderen Tagesblättern als müßiger Klatsch bezeichnet worden. Wir sind in der Lage, dieses Dementi als vollkommen zutreffend zu bestätigen.

— Die „B. N. N." schreiben: Im Zusammenhang mit der nunmehr abgeschlossenen Krisis in Preußen werden, wie üblich, die verschiedenartigsten Gerüchte ausgesprengt. So behauptet die „Freisinnige Zeitung", die Minister v. Miquel, Frhr. v. Hammerstein und Brefeld hätten Zölle von 6 Mk. oder noch mehr für Getreide verlangt, um den Kanal durchzubringen. Diese Nachricht ist, wie wir bestimmt versichern können, Unsinn. Welchen Zollbetrag die einzelnen Minister für richtig gehalten haben, entzieht sich der öffentlichen Kenntniß. Jedenfalls aber war eine Befürwortung eines so oder so normirten Zollsatzes im Interesse der Kanalvorlage schon deshalb ausgeschlossen, weil der Ministerpräsident bereits vor Monaten jede Verquickung der Kanalvorlage mit der Zolltariffrage zurückgewiesen hat.

Berlin, 7. Mai. Staatsminister v. Podbielsky verabschiedete sich heute von den höheren Beamten des Reichspostamtes, betonend, daß er als Fremder in die Postverwaltung eingetreten sei, überall habe er aber Verständniß und freundwillige Unterstützung gefunden. Was ihn in seinem neuen Amt erwarte, wisse er nicht, als alter Soldat folge er aber dem Rufe des Kaisers.

Berlin, 7. Mai. Zu Ehren ihres zum Handelsminister ernannten Fractionsgenossen Möller veranstaltete die nationalliberale Fraction heute Abend ein Festmahl im Hotel Royal, an dem auch die Gemahlin des Ministers Theil nahm.

München, 7. Mai. Die Frage der Mainkanalisation von Aschaffenburg abwärts hat in den letzten Monaten innerhalb der preußischen Regierung verschiedene Stadien durchlaufen, so daß anzunehmen ist, daß die Verhandlungen über den endlichen Abschluß eines diesbezüglichen Staatsvertrages zwischen Bayern und Preußen bald beginnen.

Stuttgart, 7. Mai. Die Finanzcommission der Kammer der Abgeordneten lehnte den Antrag der deutschen Partei, den Ständen die Erhebungen über den Anschluß an die preußische Eisenbahngemeinschaft vorzulegen, mit 9 gegen 5 Stimmen ab. Mit demselben Verhältniß wird der Antrag des Centrums angenommen, der sich aus politischen, constitutionellen und wirthschaftlichen Gründen gegen das Aufgeben der Selbständigkeit der württembergischen Eisenbahnen ausspricht.

Weimar, 7. Mai. Sämmtliche thüringische Staatsregierungen haben offiziell ihre Zustimmung zu der geplanten Errichtung eines gemeinsamen thüringischen Oberverwaltungsgerichts ertheilt, als Sitz des neuen Gerichtshofes ist Jena bestimmt.

Oesterreich.

Wien, 7. Mai. Im Abgeordnetenhause begann heute nach Verlesung des Einlaufes die Debatte über die Erklärung des Erzherzogs Franz Ferdinand. Es lagen viele Meldungen zum Worte vor. Abg. Graf Palffy erklärte im Namen des Clubs der conservativen Großgrundbesitzer, dieser erblicke in der von der Regierung dem Hause gemachten Mittheilung eine interne Angelegenheit des kaiserlichen Hauses und werde sich daher nicht an der Abstimmung betheiligen. Abg. Biankini (Kroat) hob die Zuständigkeit des kroatischen Landtags für die Angelegenheit hervor.

In der weiteren Verhandlung sagte der alldeutsche Abg. Bareuther: Die Aeußerung des Erzherzogs, daß die Losung „Los von Rom" identisch mit Los „von Oesterreich" sei, habe Zündstoff in die Bevölkerung getragen. Die Worte, die Oesterreichs Thronfolger grade zur Zeit sprach, als der deutsche Kronprinz bei Hofe zu Gaste weilte, klangen wie ein Kriegsruf gegen alle, die sich nicht unter das römische Joch beugen wollen. (Stürmischer Beifall der Alldeutschen.) Ein armseliger Staat, der nicht ohne Rom soll bestehen können. (Erneuter Beifall.) Ueberzeugt, daß Oesterreich in der Abhängigkeit vom Vatican einem sicheren Ruin entgegengeht, verlangen wir die Befreiung von diesem Einfluß und ein festes Zusammenstehen Oesterreichs mit dem deutschen Reich. Wenn das Hochverrath sei, dann sei er, der Redner stolz, ein solcher Hochverräther zu sein. (Beifall.) Der deutschvölkische Abg. Löcker bezeichnet den Begriff der morganatischen Ehe als den bürgerlichen Anschauungen fremd und die Erklärung als gefährlich, wenn Gräfin Chotek sich derselben nicht fügt. Der Jungtschechc Kramarcz bestreitet die Competenz des Reichsraths. Die Los von Rom-Bewegung sei keine religiöse, sondern eine politische. Oesterreich brauche nicht Deutschland, sondern letzteres wäre ohne die Rückendeckung Oesterreichs der isolirteste Staat Europas. (Widerspruch bei den Alldeutschen.) Wir lassen uns nicht von Berlin commandiren. Die deutsche Regierung sollte die gegen Oesterreich gerichtete Bewegung (Widerspruch links, Beifall rechts) verurtheilen. Aber unsere Regierung besitzt nicht den Muth, die Selbstständigkeit Oesterreichs zu betonen. Deshalb sind wir dem Erzherzog dankbar für den Muth, daß er sagte, was schon längst im Interesse der Würde dieses Staates hätte gesagt werden sollen. (Stürmischer Beifall rechts, Zwischenrufe bei den Alldeutschen: Ihr seid saubere Hussiten!) Bei der Abstimmung wird der Antrag des Sozialisten Pernerstorfer auf Rückverweisung an den Ausschuß abgelehnt und der Ausschußantrag auf Kenntnißnahme der Erklärung mit ehrfurchtsvollstem Danke angenommen, nachdem der Antrag der Alldeutschen, die Worte „mit ehrfurchtsvollem Danke" zu streichen, abgelehnt worden. Tschechen, Feudale und Kroaten hatten den Saal vor der Abstimmung verlassen.

Schweiz.

Zürich, 7. Mai. Die Gotthardbahnarbeiter der Werk-